



International Herald Tribune

„Vielleicht könnten wir Sie für eine Pharma-Investition interessieren, durch die man zur Weltmacht wird?“

sion des Fliegers ohne Bonner Plazet verkaufen durften. Helmut Kohl kam Maggie Thatcher noch ein Stückchen weiter entgegen. Er gab auch die von der deutschen Luftwaffe geflogene Angriffsversion des Tornado zur Ausfuhr durch die Engländer frei, und er bemühte sich, das Geschäft mit deutschen Krediten mitzufinanzieren (siehe Kasten Seite 26).

Da die Entwicklung künftiger Waffengenerationen inzwischen so teuer ist, daß kaum ein Staat sie allein finanzieren kann, wird die Zahl der internationalen Kooperationen noch steigen. Ob Jäger 90 oder Panzerabwehrhubschrauber – stets arbeiten Konzerne aus mehreren Ländern zusammen, und stets ist so garantiert, daß nationale Gesetze die Ausfuhr in Krisengebiete nicht verhindern können.

Aber nun, aufgeschreckt durch die Imhausen-Blamage, wollen die Bonner die finsternen Geschäfte mit der mörderischen Ware doch ein wenig härter kontrollieren. Mit starken Worten hat Außenminister Genscher im Bonner Kabinett eine Verschärfung des Außenwirtschaftsrechts und eine Ausweitung des Strafrechts verlangt. Auch wenn der FDP-Kollege aus dem Justizressort juristische Bedenken anmelde, diese Verschärfung müsse her: „Da wird nicht gewackelt und gezappelt.“

In Zukunft soll es Firmen auch schwerer gemacht werden, verdächtige Einzelteile zu exportieren, die dann, unter Mithilfe deutscher Ingenieure im Ausland, zu Waffenproduktionsanlagen zusammengefügt werden. So will Genscher in Zukunft denjenigen Unternehmer bestrafen, der „weiß oder in Kauf nimmt“, daß seine Lieferung geeignet ist, für die Produktion von zum Beispiel Giftgas zu dienen.

Deutsche Techniker und Ingenieure, die an der Errichtung von Fabriken für chemische oder biologische Waffen ir-

gendwo in der Welt beteiligt sind, sollen vom deutschen Strafrecht erfaßt werden. Das soll sogar gelten, wenn der deutsche Fachmann in einem befreundeten Land – etwa in den USA – aushilft.

Die Reaktionen der Bonner Politiker und der Industriemanager bieten wenig Anlaß für Hoffnung: Wirklich gelernt haben die Beteiligten, in der Politik wie im Busineß, nichts aus den Skandalen.

Die Gesetze werden verschärft, und die Aussicht auf Gefängnis wird sicherlich manchen abschrecken. Doch wenn ein neuer Fall Imhausen aufgedeckt wird, können die Regierenden künftig noch scheinheiliger reagieren.

Allzu eng, da muß sich die Industrie nicht sorgen, wird das Netz sowieso nicht gezogen werden. Schließlich sollen Waffenausfuhren auch künftig das Wohl des Landes mehren: Der freie Handel und die blitzsaubere Exportbilanz haben Vorrang.

Schon formieren sich Widerstände gegen eine Strafandrohung, die so mancher als zu weitreichend empfindet. Die Interessenten aus Handel und Industrie werden nachweisen, daß solche Pläne den Export insgesamt empfindlich stören würden.

In der Bundestagsdebatte der vergangenen Woche fragte Otto Graf Lambsdorff bereits, wie denn jene Hydraulikpumpe zu behandeln sei, die sowohl in einer Giftgasanlage als auch in einer ganz normalen Fabrikationsstätte eingebaut werden könnte.

Es wird sich letztendlich wohl wenig an dem Zustand ändern, den ein Mann wie Ishan Barbouti, der Kontaktmann der Imhausens zu Gaddafi, an der Bundesrepublik so schätzt. Barbouti am Freitag vergangener Woche im ZDF: „Und in Deutschland ist alles, was mit Ein- und Ausfuhr zu tun hat, mit weniger Papierkrieg verbunden als irgendwo anders.“

GIFTGAS

Aus dem Schlafanzug

Auch die DDR beteiligt sich an der Entwicklung chemischer Kampfstoffe und am Bau der libyschen Giftgasfabrik. In der C-Waffen-Forschung genießt sie weltweit einen hervorragenden Ruf.

DDR-Außenminister Oskar Fischer, 65, kehrte den sauberen Deutschen heraus. „Wir besitzen keine chemischen Waffen“, versicherte er vorletzter Woche auf der Pariser Chemie-Waffen-Konferenz, „wir entwickeln sie nicht, und wir lagern sie nicht.“ Von einem blau-weißen Globus auf dem Rednerpult verdeckt, forderte er eine „vollständige Beseitigung chemischer Waffen“ – zum „Überleben der Menschheit“.

Der stärkste Applaus kam aus Reihe sieben, wo die neunköpfige DDR-Delegation saß. Im weiträumigen Sitzungssaal des Pariser Unesco-Gebäudes war ein neues Zeugnis internationaler Heuchelei abgelegt worden.

Denn längst gibt es hinreichend Belege, daß auch der andere deutsche Staat am schmutzigen Geschäft mit chemischen Massenvernichtungswaffen verdient. Nachrichtendienste des In- und Auslandes, weltweit operierende Waffenhändler und Aussagen eines ehemaligen DDR-Leutnants, die dem SPIEGEL vorliegen, bestätigen, wie intensiv sich die DDR an der internationalen C-Aufrüstung beteiligt.

So verhandelte der irakische Geschäftsmann Ishan Barbouti 1984 mit dem VEB Metalleichtbau-Kombinat in



Ex-NVA-Leutnant Bergemann
„Strengstes Stillschweigen“

Plauen über die Lieferung von 10 800 Tonnen Stahlkonstruktionen für einen „Technologie-Park“ bei Tripolis. Die Billig-Offerte aus dem Ostblock konnten westdeutsche Firmen nicht unterbieten. Wie die kapitalistischen Firmen des Westens lieferte auch die DDR an Oberst Gaddafi und für das Projekt „Pharma 150“ in Rabata.

Daß die zivilen Materialien ganz anderen Zwecken dienen, haben wohl auch DDR-Sicherheitsdienste frühzeitig erkannt. 1987 verschärfte die DDR die Ausfuhrbestimmungen für Chemikalien, die „sowohl zu friedlichen Zwecken als auch zur Waffenherstellung“ (Außenminister Fischer) geeignet sind.

In der offiziell immer bestrittenen C-Waffen-Forschung gehört die DDR gar zur Weltspitze. Selbst bei der Wehrwissenschaftlichen Dienststelle der Bundeswehr im niedersächsischen Munster, zuständig für ABC-Schutz, wird nach einem 1100seitigen „Lehrbuch der Militärchemie“ aus Ost-Berlin gearbeitet. Seit der ehemalige DDR-Wissenschaftler Adolf-Henning Frucht, 75, die geheime Kampfstoffforschung des Ostens enthielt (SPIEGEL 24 bis 28/1978), verfolgen westliche Nachrichtendienste verstärkt die C-Aufrüstung im Ostblock. Was die Sowjets seinerzeit als „Phantasien eines Verrückten“ abtaten, bestätigt jetzt auch ein ehemaliger Leutnant der Nationalen Volksarmee (NVA), der selber den Umgang mit chemischen Kampfstoffen in der DDR erlernte: Ulrich Bergemann, 44, ein Ingenieur und Rechtsanwalt, der seit seiner Ausweisung 1984 bei Darmstadt lebt, hatte nach eigenen Angaben als Laborant jahrelang Zugang zu streng abgeschirmten Forschungsabteilungen.

In seinem Arbeitsvertrag mit dem VEB Arzneimittelwerk Dresden hatte er sich zu „strengstem Stillschweigen“ verpflichten müssen – aus naheliegenden Gründen. Sein Arbeitsplatz im Werksteil 101 des Radebeuler Zweigbetriebes, Wilhelm-Pieck-Straße 35, lag in einer Sperrzone. Im Labor 14, zugänglich nur mit schwarz gekennzeichnetem Ausweis, wurden „Stickstoffanalysen für die militärisch-medizinische Sektion“ durchgeführt. In den Labors 1 und 2 arbeiteten die Arzneimittelforscher an „phosphororganischen Verbindungen“ für „psychisch-toxische Kampfstoffe“.

Nach einem 1985 veröffentlichten Bericht der Nato sind 15 000 Wissenschaftler innerhalb des Warschauer Pakts seit 30 Jahren mit der „Grundlagenforschung für C-Waffen“ beschäftigt – so im DDR-Chemiekombinat Bitterfeld, im VEB Fahlberg List in Magdeburg und im VEB Fluorwerke bei Pirna. Dort erlebte Bergemann mit, wie die Nationale Volksarmee den chemischen Grundstoff für das Nervengift Sarin, Natriumfluorid, in Kesselwagen abholte.

In einem Flachbau, im Werksteil 106, testeten die DDR-Forscher verschiedene Kampfstoffe an Katzen, Hunden und Meerschweinchen. Glasampullen, ge-



DDR-Soldaten mit ABC-Schutz: „Eine muntere Truppe“

füllt mit Sarin, so berichtet Bergemann, wurden mit einer Schleuder in die Testzellen eingeschossen.

Bergemanns Arbeitseifer zahlte sich aus. Schon bei seiner Musterung war er gefragt worden, ob er mit „seinen Spezialkenntnissen der Republik nicht in einer besonderen Einheit“ dienen wolle. Am „Zentralinstitut für Kernphysik“ in Rossendorf hatte er zuvor die Facharbeiterprüfung abgelegt. Beurteilung: „Gute Anlagen und gute Auffassungsgabe.“

Er verpflichtete sich bei der „Volkspolizei-Bereitschaft“, die dem Ministerium für Inneres untersteht und zur Abwehr „innerer Unruhen“ und zum „Personenschutz“ eingesetzt wird.

In der „Unterführerschule“ Radeberg bekam Bergemann nach seinen Angaben erste Einweisung im Umgang mit Gas Kampfstoffen. Zur Ausrüstung der Volkspolizei gehören, wie im Westen, Tränengas und Augenreizstoffe. Aus Gewehraufsteckläufen wurden „Reizstoffgranaten“ verschossen. Eingesetzte Nebelkerzen waren teilweise noch mit einem Reichsadler gekennzeichnet. Alte Kampfstoffe aus dem Zweiten Weltkrieg werden in der DDR „umlaboriert“ (Bergemann). Senfgas und Tabungranaten des Kalibers 75 Millimeter mußten, so Bergemann, für größere Werfer der sowjetischen Streitkräfte umgefüllt werden.

Bei der Nationalen Volksarmee erhielt Bergemann später eine „fundierte militärchemische Ausbildung“. So wurde seine Fallschirmjägerinheit 509 in Prora auf der Insel Rügen im Nahkampf zum Einsatz im gegnerischen Hinterland, zur guerillaartigen Beseitigung von Wachposten und zum Brückensprengen gedrillt. Bei simulierten Sabotageakten auf Trinkwassersysteme, berichtet Bergemann, seien chemische Gifte eingesetzt worden. Weil auch das Hantieren mit explosivem Material verlangt wurde, legte Berge-

mann eine zusätzliche Prüfung als Sprengmeister ab: „Eine muntere Truppe.“

In der östlichen Sowjet-Union absolvierte die Einheit 509 ein Winterkampfttraining. Bei Minustemperaturen von 30 bis 35 Grad probten die DDR-Soldaten dreieinhalb Wochen lang den Einsatz „taktischer Mischungen“. Durch spezielle Flüssigkeiten läßt sich der Gefrierpunkt für Kampfstoffe herabsetzen. Vorteil: Auch amerikanische Raketenstationen in Alaska lassen sich durch eine chemische Blitzattacke ausschalten.

Nahe der sibirischen Stadt Tomsk wurde die „Eliminierung“ einer feindlichen Raketenbasis durchgespielt. Die Sowjet-Armee, als angenommener Gegner, hatte dazu lebensechte Attrappen der US-Rakete „Honest John“ aufgebaut – und schließlich gesprengt. Selbst Nato-Waffen wie das deutsche Gewehr G3 oder die Panzerfaust 44 wurden verwendet. Mit dem Kampfstoffanzeiger KZ 1a sollte auch bei tiefsten Temperaturen das tödliche Gas aufgespürt werden.

Übungen bei extremer Hitze wurden hingegen im Sommer in wüstenähnlichen Gebieten Kasachstans veranstaltet. In dieser Jahreszeit wurden den Kampfstoffen gummiartige Zusätze beigemischt, um eine längere Bodenhaftung und Haltbarkeit zu erzielen.

Bei Manövern in der DDR erfuhr Bergemann von noch gefährlicheren Kampfstoffmischungen. Ein höherer Offizier präsentierte auf einem Übungsplatz unter höchster Geheimhaltung ein neues taktisches Gemisch. Die Kampfstoffchemikalie Trichlortriethylamin war laut Bergemann zusätzlich in einem Kernreaktor bestrahlt worden.

Die Wirkungen sind verheerend. Denn die äußeren Symptome einer Strahlenvergiftung sind denen von Kampfstoffen

vergleichbar und für potentielle Opfer zunächst nicht erkennbar.

Die Anwendung dieser chemischen Kampfstoffe will Bergemann auch im freien Gelände erlebt haben. In der Dübener Heide bei Leipzig hätten die Kampftruppen 1968 das Teufelszeug versprüht. Ausgerüstet mit Schutzanzügen, mobilen Feldlabors, Geigerzählern und Dosimetern, seien dabei chemisch-nukleare Verseuchungen gemessen worden. Erst nach mehreren Tagen hätten sich die Betanuklide abgebaut. Bergemann: „Völliger Wahnsinn.“

Geradezu harmlos nimmt sich dagegen der Einsatz von Flammenwerfern aus. Wirksame Brandmittel wie das graubraune Napalm gehören angeblich zur chemischen Kriegführung der DDR-Truppen. International ist der Einsatz von Napalm gegen Zivilisten seit dem Vietnamkrieg zwar geächtet. In Flammenwerftruppen erfahren DDR-Soldaten aber, wie sich wirksame Brandminen herstellen lassen. Simple Blechfässer, gefüllt mit Napalm und Splittermine, werden, laut Bergemann, gut getarnt an der Frontlinie vergraben.

Bei einer NVA-Reserveübung nahe Frankfurt an der Oder erlebte Bergemann in einer Nachrichteneinheit 1980 ein letztes Mal, wie die Soldaten schon frühmorgens vom Vorgesetzten beim Gasalarm mit Augenreizstoffen drangsaliert wurden: „Raus aus dem Schlafanzug, rein in die Gasmasken.“

Zur DDR-Grundausrüstung in den militärischen C-Einheiten gehört ein Päckchen mit blauen, gelben, schwarzen oder grünen Gegenspritzen für verschiedene Kampfstoffe. Nach Recherchen der Nato schützen spezielle Belüftungen in den Armeefahrzeugen des Warschauer Pakts vor atomarer, chemischer und bakteriologischer Verseuchung.

Im Jahre 1984 wurde Ulrich Bergemann, mittlerweile regimekritischer Rechtsanwalt, schließlich ausgewiesen. Der Rang eines Leutnants der Nationalen Volksarmee wurde ihm aberkannt.

Doch die westlichen Geheimdienste wußten sein Wissen bei Vernehmungen nicht zu nutzen. Zwar meldete sich eine „Hauptstelle für das Befragungswesen“, Zweigstelle Mainz, die Bergemann zum Gespräch lud, um „für die Bundesregierung zuverlässige Informationen über fremde Länder“ zu sammeln.

Fünfmal saß der ehemalige NVA-Offizier in Mainz mit Nachrichtendienstlern zusammen. Dann sollte er für ein „paar Tage“ in die Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (BND) nach Pullach bei München. Doch daraus wurde nichts.

Bergemann, der bei einer Baustofffirma einen Job gefunden hatte, fürchtete Ärger mit seinem Chef, da er schon wieder Verdienstaufschlag beantragen mußte. Er verzichtete auf die Reise nach München – und der BND auf wichtige Informationen.

ABRÜSTUNG

Warme Ströme

Gorbatschow macht weiter: Mit neuen Abrüstungsanboten bringt der sowjetische Staatschef den Westen schon wieder in Verlegenheit.

Eduard Schewardnadse war seinem deutschen Kollegen Hans-Dietrich Genscher noch eine Antwort schuldig. Am vergangenen Mittwoch, beim Frühstück in der Residenz des Bonner Botschafters in Wien, erinnerte der sowjetische Außenminister an die nur eine Woche zurückliegende Begegnung in Paris: „Sie haben mich gefragt, ob wir unsere nuklearen Kurzstreckenwaffen moderni-

die Westallianz erneut in Schwierigkeiten gebracht: Die Nato hat den Ost-Offerten nichts entgegenzusetzen. Das Gesamtkonzept für Abrüstung ist nicht fertig, statt dessen streiten die Bonner über Raketen-Modernisierung und Wehrdienst-Verlängerung (Seite 35).

Im Dezember kündigte Gorbatschow die Entlassung von 500 000 Soldaten und den Abzug von sechs Panzerdivisionen aus Osteuropa an. Anfang Januar verblüffte Schewardnadse den Westen dann mit dem Versprechen, noch in diesem Jahr werde die Sowjet-Union einseitig mit der Vernichtung ihrer chemischen Waffen beginnen – obgleich die UdSSR noch nicht einmal über eine Anlage zum Abbau ihres Kampfstoff-Arsenals verfügt.

Mit ihrem Wiener Angebot aber trafen die Sowjets den Westen an einer beson-



Kollegen Genscher, Schewardnadse in Wien: „Wir modernisieren nicht“

sieren. Nun antworte ich Ihnen mit großem Ernst: Das tun wir nicht.“

Und weil der deutsche Außenminister sich Tage zuvor so besorgt über die Überlegenheit des Ostens bei den atomaren Kurzstreckenraketen geäußert habe, wolle er ihm auch vorab mitteilen, was er auf der Schlußveranstaltung des Wiener Folgetreffens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verkünden werde: Der von Generalsekretär Michail Gorbatschow im Dezember vor der Uno angekündigte Abzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR, der Tschechoslowakei und Ungarn schließe „taktische Nuklearsysteme“ mit ein. Damit seien „selbstverständlich“ auch atomare Kurzstreckenraketen, nuklearfähige Geschütze und Flugzeuge gemeint: „Was künftig mit der Modernisierung passiert, hängt von unseren westlichen Partnern ab.“

Mit dieser dritten Abrüstungsankündigung in Monatsfrist haben die Sowjets

ders empfindlichen Stelle. Die Amerikaner wollen nach der Vernichtung der nuklearen Mittelstreckenwaffen in West und Ost gegen den hinhaltenden Widerstand kleinerer Bündnispartner die in Westeuropa stationierten atomaren Kurzstreckenwaffen erneuern. Aber wie soll die Öffentlichkeit überzeugt werden, daß das notwendig ist, wenn die Sowjets gerade abbauen?

In besonderer Verlegenheit sind die Deutschen. Bundeskanzler Helmut Kohl will die Entscheidung über die Stationierung neuer Kurzstreckenraketen verschieben, sein Außenminister baldige Verhandlungen über den Abbau der alten.

Dagegen aber sträuben sich die Briten, die Amerikaner und der deutsche Nato-Generalsekretär Manfred Wörner. Aus Washington kam, trotz des Trubels um den Präsidentenwechsel, prompt die Mahnung, eine Null-Lösung wie bei den Mittelstreckenwaffen dürfe es bei den